

Presse-Information

Potsdam, 01.02.2021

Position zum Abschlussbericht der unabhängigen Expertenkommission für das Ernst von Bergmann Klinikum gGmbH zum SARS-CoV-2-Ausbruch am Klinikum Ernst-von-Bergmann im Frühjahr 2020

Die Initiativgruppe der Bürgerbegehren begrüßt jede kritische Analyse und Diskussion der Situation und Probleme in der Klinikgruppe Ernst von Bergmann. Der Abschlussbericht der Expertenkommission setzt sich differenziert und mit bemerkenswerten Empfehlungen mit den Ursachen des Covid-19- Ausbruchs im Klinikum Ernst von Bergmann auseinander. Als Hauptursache wird die Prioritätensetzung zugunsten einer Gewinnoptimierung auf Kosten einer guten medizinischen Versorgung, der erforderlichen Hygiene und der Patientensicherheit benannt. Die darauf ausgerichtete Betriebsführung hat nicht nur die gebotene Sorgfalt für die Sicherheit aller Beschäftigten missachtet. Durch Intransparenz, unklare Zuständigkeiten und mangelnde Anerkennung ist es zu Personalabbau, einer hohen Fluktuation und einer angespannten Personalsituation in allen Bereichen der Klinikgruppe Ernst von Bergmann gekommen.

Der Abschlussbericht beschreibt die Situation in der Klinikgruppe Ernst von Bergmann als Ergebnis des Auftrages an die Geschäftsführung wie er durch die Stadtverordnetenversammlung 2005 erteilt und durch den Aufsichtsrat in Form unterlassener Tätigkeit unterstützt wurde.

Es ist gut, dass der Kommissionsbericht dies deutlich benennt. Doch sind die Kritikpunkte nicht neu. Seit Jahren wurde von verschiedenen Seiten auf jene Prioritätensetzung zugunsten einer Ökonomisierung der Klinikgruppe EvB und deren fatale Folgen verwiesen. Diese unerträgliche Situation hat zu den beiden Bürgerbegehren geführt. Anfangs durch den Oberbürgermeister und Teile der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt, hat der Covid19-Ausbruch im Klinikum zu einem Schwenk der Stadtverordnetenversammlung geführt. Die Anliegen der Bürgerbegehren sind übernommen und als Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2020 verabschiedet worden.

Wir sehen die Stadtverordneten und den Oberbürgermeister in einer doppelten Verantwortung gegenüber den Menschen in der Stadt und in der Klinikgruppe Ernst von Bergmann: Zum einen sind sie durch die Initiierung und das langjährige Mittragen des priorisierten Gewinnstrebens des Klinikums mitverantwortlich für den Covid19-Ausbruch im Klinikum. Zum anderen haben sie mit dem Beschluss vom Mai 2020 die Verantwortung für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Klinikgruppe Ernst von Bergmann übernommen.

KONTAKT

Bürgerbegehren Klinikgruppe EvB
c/o Dr. Jörg Kwapis
Hebbelstraße 12
14469 Potsdam

kontakt@gesunde-zukunft-potsdam.de
www.gesunde-zukunft-potsdam.de

VERTRAUENSPERSON

Dr. Jörg Kwapis
Hebbelstraße 12 · 14469 Potsdam
STELLV. VERTRAUENSPERSON
Michael Schmid
Wollestraße 36 · 14482 Potsdam

Im letzten Jahr haben Gesellschafter und Geschäftsführung mit der Umsetzung des Bürgerbegehrens für faire Bezahlung begonnen. Die Rückkehr in den TVöD wurde und wird dabei so umgesetzt, dass die vielen Jahre der Betriebszugehörigkeit des Stammpersonals sich nicht in der Vergütung niederschlagen. Gerade für langjährige Mitarbeiter*innen bedeutet das dreistellige Lohneinbußen und eine enorme Enttäuschung der an die Tarifrückkehr geknüpften Erwartungen. Die Umsetzung des Bürgerbegehrens für bessere Arbeitsbedingungen wurde noch gar nicht angegangen, obwohl die Zusatzbelastungen der Beschäftigten durch die Pandemie die Lage noch einmal verschärft haben.

Im Zusammenhang mit dem Bericht der Expertenkommission mahnen wir die Umsetzung der erfolgreichen Bürgerbegehren und des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung erneut an.

Wir fordern:

1. Mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung

Die Kommission hat zahlreiche Missstände im Bereich Hygiene und Patientensicherheit festgestellt. Sie kritisiert die permanente Überlastung und Gefährdung der Beschäftigten in vielen Bereichen des Klinikums.

Wir fordern daher den Gesellschafter und die Geschäftsführungen auf, endlich das Bürgerbegehren für bessere Arbeitsbedingungen umzusetzen und in allen Bereichen des Klinikums und seinen 100%igen Tochtergesellschaften, rechtlich verbindliche und strafbewehrte Maßnahmepläne zur Entlastung des Personals zu erarbeiten und umzusetzen. Dabei sollen die Beschäftigten einbezogen werden.

Auch gilt unverändert, das Bürgerbegehren für faire Bezahlung vollständig umzusetzen.

Wir fordern, den wohlfeilen Worten, Stammpersonal als qualifizierte Fachkräfte im Klinikum halten zu wollen (PNN-Interview mit der aktuellen Geschäftsführung vom 24.01.21), endlich Taten folgen zu lassen. Dies geschieht nur mit der echten Anerkennung aller Jahre der Betriebszugehörigkeit bei der Einstufung in die Gehaltsgruppen. Eine Krankenschwester mit 15 Jahren Berufserfahrung, als Beispiel, verdient durch die derzeit schlechte Einstufung circa. 300 Euro weniger als eine Pflegefachkraft im Städtischen Klinikum Brandenburg an der Havel.

2. Priorität für gute medizinische Versorgung vor Gewinnstreben

Der vom Oberbürgermeister angekündigte Wechsel in der Ausrichtung der Klinikgruppe muss zu konkreten Änderungen in der Geschäftsführung führen. Wir begrüßen die Empfehlung der Kommission, den Geschäftsbereich Pflege aufzuwerten, indem er gleichberechtigt zum Ärztlichen und Kaufmännischen Geschäftsbereich in der Geschäftsführung verankert wird.

Die Geschäftsführung des Klinikums ist kein Nebenjob. Wir fordern, dass die Geschäftsführung in einer Vollzeitstelle ausgefüllt wird und der medizinische Bereich den Vorsitz übernimmt.

3. Neubesetzung des Aufsichtsrates

Die Kommission empfiehlt, den Aufsichtsrat kompetenter und paritätisch nach den gesetzlichen Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes neu zu besetzen.

Wir fordern, die sofortige Auflösung und Neubildung des Aufsichtsrates. Der neue Aufsichtsrat soll personell deutlich aufgestockt und nach den Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes besetzt werden. Dies bedeutet eine Besetzung auf der Arbeitnehmerseite mit sechs Mandaten, wovon vier Sitze durch Beschäftigte und zwei Sitze durch die Gewerkschaft besetzt werden.

Bei der Neubesetzung der Mitglieder soll die Empfehlung der Transparenzkommission umgesetzt werden, die Tätigkeitsdauer in einem Aufsichtsrat auf max. 2 Legislaturperioden zu begrenzen. Aufsichtsrates nach den Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes.

4. Umgang mit Gefährdungsanzeigen und Beschwerdestelle

Wir fordern, dass die Zahl der Gefährdungsanzeigen in den einzelnen Bereichen und Gesellschaften jährlich in einem Bericht veröffentlicht wird. Weiterhin fordern wir, dass sich der Arbeitssicherheitsausschuss regelmäßig mit den Gefährdungsanzeigen befasst und zusammen mit der Geschäftsführung zeitnah Maßnahmen zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen umsetzt. Der Aufsichtsrat ist mind. 2x jährlich über die aktuelle Situation zu den Arbeitsbedingungen und dem Stand der Gefährdungsanzeigen zu informieren.

Außerdem fordern wir die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle beim Aufsichtsrat.

5. Konsequenzen für ehem. Vorsitzenden der Geschäftsführung

Der Kommissionsbericht hat erhebliche Mängel in der Hygiene, der Patientensicherheit und der inneren Organisation des Klinikums benannt. Sie stellt fest, dass diese Mängel mit großer Wahrscheinlichkeit zu zahlreichen Todesfällen geführt oder beigetragen haben. Daher ist es nicht zu rechtfertigen, dass der für diese Missstände zuständige ehemalige Geschäftsführer mit erheblichen materiellen Zuwendungen verabschiedet wurde.

Wir fordern, die Entlassung Steffen Grebners wegen der festgestellten Arbeitsversäumnisse und die Rückforderung von Zahlungen aus dem Arbeitsvertrag und der Auflösungsvereinbarung.



Michael Schmid und Dr. Jörg Kwapis
Vertrauenspersonen